



DER MINISTERPRÄSIDENT DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

Bundesminister für Verkehr
und digitale Infrastruktur
Herrn Alexander Dobrindt MdB
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Stuttgart, 30.10.2014

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

Baden-Württemberg pflegt traditionell gute und enge nachbarschaftliche Beziehungen mit der Schweiz. Diese werden allerdings seit Jahren durch die hohe, vom Flughafen Zürich ausgehende Fluglärmbelastung in Südbaden getrübt. Alle Bemühungen, den so genannten Fluglärmstreit mit der Schweiz auf dem Verhandlungsweg beizulegen, sind bisher gescheitert. Ich bedauere dies sehr.

Die Landesregierung anerkennt selbstverständlich die Zuständigkeit und damit auch die politische Verantwortlichkeit des Bundes für Regelungen der Anflugbedingungen auf den Flughafen Zürich über deutsches Hoheitsgebiet. Unabhängig davon sollte es aber in einem partnerschaftlichen Umgang zwischen Bund und Land ebenso selbstverständlich sein, dass gerade bei politisch bedeutsamen Angelegenheiten Informationen ausgetauscht und Einvernehmen zumindest angestrebt werden. Das in dieser Angelegenheit in letzter Zeit nicht abgestimmte und als eigenmächtig empfundene Agieren des Bundes hat im Land und auch bei mir persönlich deshalb zu Irritationen geführt.

Der Bund hat die deutschen Anflugbestimmungen für den Flughafen Zürich (220. Durchführungsverordnung zur Luftverkehrsverordnung) in den letzten Jahren mehrfach entweder ohne jegliche Information, geschweige denn Abstimmung mit dem Land geändert (so bei der 3. und 5. Änderung) oder die Einwände seitens des Landes ignoriert, ohne sich damit inhaltlich auseinanderzusetzen (so bei der 4. Änderung). Mit einer Ausnahme hat der Bund trotz ausdrücklicher Einladungen an keiner Sitzung des vom Land gegründeten Deutschen Fluglärm-Beirats für den Flughafen Zürich teilgenommen.

Zuletzt mussten wir aus der Schweiz erfahren, dass dem Bund bereits seit Mai dieses Jahres Unterlagen vorliegen, nach denen die Schweiz eine weitere Änderung der 220. DVO anstrebt, mit der ein so genanntes neues Ostanflugkonzept umgesetzt werden soll. Hierzu soll Ihrem Haus auch seit geraumer Zeit ein Gutachten der Deutschen Flugsicherung vorliegen. Wiederum gab es aus Ihrem Haus keinerlei Information dazu. Dieses Verfahren halte ich aus Sicht des Landes für nicht akzeptabel. Rechtlich mag diese Politik nicht zu beanstanden sein, den Menschen im Land vermittelbar ist sie jedoch nicht. Ich möchte Sie deshalb eindringlich darum bitten, in dieser sensiblen Angelegenheit zu einer Politik des Miteinanders zwischen Bund und Land zurückzukehren.

Dies gerade hinsichtlich dem von der Schweiz nun vorgestellten neuen Ostanflugkonzept: Wir haben die große Sorge, dass mit diesem auf vermeintliche Sicherheitsargumente gestützten Konzept Teile des Staatsvertrags von 2012, die hier im Land auf entschiedene Ablehnung stoßen, „durch die Hintertüre“ einer weiteren Änderung der 220. DVO durchgesetzt werden sollen. Die damit verbundene noch höhere Fluglärmbelastung in Südbaden, etwa durch eine weitere Konzentration der Anflüge vom Norden, können wir nicht hinnehmen. Die genauen Auswirkungen dieses Konzepts wollen wir durch das Gutachten eines Sachverständigen noch ermitteln lassen.

Deshalb sollte klar sein: Solange keine abschließende Klarheit über das Schicksal des Staatsvertrags von 2012 besteht, ist es ein falsches Signal nach Zürich und Bern, über weitere Änderungen der 220. DVO zu Gunsten

der Schweiz zu sprechen. Ich bitte Sie deshalb nachdrücklich, diese gemeinsame Haltung von Land und Region im weiteren Verfahren zu berücksichtigen und auch das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung entsprechend anzuhalten.

Die Position des Landes ist klar und eindeutig: Die Landesregierung und alle Fraktionen im Landtag stehen geschlossen hinter der Ihnen bekannten „Stuttgarter Erklärung“. Der Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur des Landtags hat mit einem am 22. Oktober 2014 einstimmig gefassten Beschluss diese Haltung bekräftigt, zum Ausdruck gebracht, dass eine weitere Fluglärmbelastung in Südbaden durch das vorgesehene neue Ostanflugkonzept abgelehnt wird und die Landesregierung beauftragt, dies gegenüber dem Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur deutlich zu vertreten. Eine Erklärung mit der gleichen Zielrichtung wurde am 29. Oktober 2014 zudem von zahlreichen Bundes- und Landtagsabgeordneten, Landräten sowie Vertretern des Regierungspräsidiums Freiburg bei einem Treffen in Waldshut abgegeben.

Wie der Bund im Fluglärmstreit weiter vorzugehen gedenkt und welche Ziele er verfolgt, ist uns dagegen nach wie vor nicht bekannt. Deshalb meine Bitte: Teilen Sie uns dazu Ihre konzeptionellen Vorstellungen mit und treten Sie mit uns zeitnah in Gespräche über die künftige Ausgestaltung der 220. DVO ein.

Die Menschen in Südbaden fordern zu Recht eine Entlastung beim Fluglärm. Bislang leider vergeblich. Ich setze weiter darauf, dass Bund und Land gemeinsam die Belastungen durch Fluglärm reduzieren. Hierfür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen



Winfried Kretschmann